

Wilsdruffer Tageblatt

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Päßig

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postcheckkonto Leipzig 25614

Arbeitslohn mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage nachmittags 3 Uhr für den folgenden Tag. Derzeitige Preis für die Abnahme monatlich 4 Mk., für die Abnahme vierteljährlich 12 Mk., für die Abnahme halbjährlich 24 Mk., für die Abnahme jährlich 48 Mk., auf dem Lande 4,50 Mk., wenn die Post bezogen wird. Die Zustellung erfolgt am Morgen. Die Postgebühren sind bei der Abnahme zu zahlen. In der Regel ist der Besteller verpflichtet, die Kosten der Zustellung zu tragen. Bei der Abnahme ist der Besteller verpflichtet, die Kosten der Zustellung zu tragen.



Veränderung des Preises für die Abnahme monatlich oder deren Name, letzteres 20 Pfg., letzteres 2 Mk., bei Veränderung und Jahresvertrag entsprechend. Bekanntmachungen im amtlichen Teil für den Monat 2,50 Mk., für die Abnahme vierteljährlich 7,50 Mk., für die Abnahme halbjährlich 15 Mk., für die Abnahme jährlich 30 Mk., wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung stellt.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Schünke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inzerentent: Arthur Schünke, beide in Wilsdruff.

Nr. 272.

Mittwoch den 24. November 1920.

79. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Petroleumpreise.

Für das auf Grund der Zuteilung für November 1920 zur Verteilung gelangende Petroleum sind durch den Reichswirtschaftsminister folgende Preise festgesetzt worden:

1 Liter ab Laden 7,25 Mk.
1 „ frei Haus des Verbrauchers 7,40 „

Weissen, am 16. November 1920.

Nr. 896 VII

Die Amtshauptmannschaft.

Maul- und Klauenseuche.

Unter den Viehbeständen der Gutsbesitzer Oskar Bitt, Meißner Straße 260 C, Oskar Leibiger, Markt 12 und des Gutsbesitzers Paul Geißler, Tharandter Str. 134 G, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Als Sperrbezirk wird der gesamte Stadtbereich mit Ausnahme des Bahnhofs bestimmt. Für den Sperrbezirk gelten

die Vorschriften in §§ 162, 163, 164 und 168 der Bundesratsvorschriften zum Viehseuchengesetz — Gesetz- und Verordnungsblatt 1912 S. 83 ff. — und die sonstigen von uns hierzu getroffenen Anordnungen. Weitergehende Beschränkungen bleiben ausdrücklich vorbehalten.

Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden, insoweit nicht nach den Strafvorschriften des Viehseuchengesetzes vom 26. 6. 1909 oder sofern nicht nach anderen gesetzlichen Bestimmungen höhere Strafen verhängt sind, gemäß § 57 der sächsischen Ausführungsvorschriften zum Viehseuchengesetz vom 7. Mai 1912 mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu 6 Wochen bestraft.

Wilsdruff, am 23. November 1920.

Der Stadtrat.

Donnerstag den 25. November 1920 abends 7 Uhr öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

Die Tagesordnung hängt im Verwaltungsgebäude aus.

Wilsdruff, am 23. November 1920.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Aber Nacht haben die Simpelner ein furchtbares Blutbad unter den englischen Soldaten in Dublin angerichtet.
* Die Volksabstimmung in Griechenland über die Frage der Rückkehr Königs Konstantin erfolgt am 28. November.

Eine neue Partei?

Auf der Tagung der christlichen Gewerkschaften in Offen sind von den führenden Männern dieses Teiles der Arbeiterbewegung Löse angedacht worden, wie man sie auf den großen Arbeiterkongressen der letzten Zeit nur selten oder gar nicht vernommen hat. Während sonst überall auf Trennung der Stände, auf Haß und Feindschaft hingearbeitet wird, legen sich hier die beiden führenden Männer der christlichen Gewerkschaften, der Reichsarbeitsminister Brauns und der preussische Wohlfahrtsminister Stegerwald mit allen Kräften für eine Sammlung aller produktiven Volksschichten ins Zeug. Zum ersten Male wurde hier davon gesprochen, daß es außerhalb des Arbeiterstandes ein neues Proletariat gäbe als Folgeerscheinung von Krieg und Revolution. Wohl müsse in sozialpolitischer Hinsicht die feilsche Bewertung des Arbeiters eine andere werden, aber damit allein sei es nicht getan. Zum Wiederaufbau des Vaterlandes müßten alle vaterländisch, christlich, volkstümlich und wahrhaft sozial denkenden Kreise aus allen Volksschichten zusammengeführt werden. Auch parlamentarisch zusammengestellt werden — was kaum anders als im Sinne einer neuen Partei oder zum mindesten doch Partei-Gruppenbildung verstanden werden muß. Das gegenwärtige Partei-System, aus der vorrevolutionären Zeit übernommen, sage Winiker Stegerwald, sei unerträglich. Der Sozialdemokratie fehlten, fügte er hinzu, nach den bisherigen Erfahrungen die Vorbedingungen für die überragende Führung. Die gemäßigten Arbeiterbewegungen Deutschlands müßten sich mit allen übrigen Volksgenossen, die an der Erneuerung Deutschlands teilnehmen wollten, zusammenschließen, zu einer Bewegung, deren Träger Arbeiter, Angestellte und Beamte abzugeben hätten. Also auch hier der Dreiklang, den wir aus den Zeiten der ersten Revolutionsmonate noch sehr gut im Gedächtnis haben. Herr Stegerwald ging sogar noch einen Schritt weiter, indem er die Zusammenfassung der politischen Kräfte im katholischen und evangelischen Lager als das Gebot der Stunde bezeichnete. Er fand sächsischen Beschall mit dieser Forderung, mit der sich bald darauf auch die Gesamtverbände der Angestellten- und der Beamten-Gewerkschaften ausdrücklich einverstanden erklärten. Der deutsche Gewerkschaftsbund, der bereits auf annähernd 2 Millionen Mitglieder zählen kann, sieht auch seine Aufgabe darin, sich als Gegengewicht gegen den Radikalismus der sogenannten freien Gewerkschaftsbewegung zu betätigen. Ob damit ein Wendepunkt in der deutschen Arbeiterbewegung gekommen ist? diesem Zusammenhang schon wiederholt genannt. Aber die überleitete Wucht der Zentrumspolitik schien bis jetzt alle Anwandlungen dieser Art erfolgreich niederzuhalten. Unverkennbar aber verläßt sich auch in der rheinisch-westfälischen Industriearbeiterbewegung mit der unaufhaltsamen Zuspitzung der sozialen Kämpfe die Tendenz auf Auflösung von der früheren Gebundenheit der alten Zentrumspartei. Dem Anschwellen der freigesellschaftlichen Arbeiterbewegung sah man sich nicht gewachsen und mußte also nach einer Verbreiterung der Abwehrfront Umschau halten. Diese kann aber nur zum Erfolg führen, wenn sie von möglichst breiten Schichten getragen wird. So entstand offenbar der Gedanke des Zusammenschlusses aller derjenigen Volksschichten, die, gleichviel welcher Klasse, welchem Stande oder gar welcher Religion sie angehören, Gefahr laufen, von der gleichen wirtschaftlichen Not geritten zu werden.

Gegen den Gewaltfrieden.

Entschlüsse der christlichen Gewerkschaften. Unter dem Vorh. des Ministers Stegerwald hielten die christlichen Gewerkschaften Deutschlands in Offen eine

part. besetzte Tagung ab. Einmütig angenommen wurden vier Entschlüsse und zwar:

- erstens auf grundlegende Revision des Versailler Friedensvertrages,
 - zweitens gegen die weitere Besetzung großer Teile Deutschlands,
 - drittens gegen die Forderung auf Ablieferung von 810 000 Milchkuhen,
 - viertens auf Schaffung eines parlamentarischen Komitees, einer eigenen Tageszeitung der christlich-nationalen Bewegung und einer Volksbank, welche die wirtschaftlichen Kräfte der christlich-nationalen Arbeiter, Angestellten und Beamten und der ihnen nahestehenden Kreise bei dem Wiederaufbau Deutschlands einheitlich zur Geltung bringen soll.
- Nach dem Berichte des Ausschusses des Gesamtverbandes ist die Mitgliederzahl des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften von 350 000 Ende 1912 auf 1 050 000 gestiegen. Der Gesamtverband hat sich mit anderen Verbänden zum Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossen, der als Gegengewicht gegen den Radikalismus in der Gewerkschaftsbewegung positive Wiederaufbauarbeit leisten will.

Deutsche Totenfeier in Paris.

Gedenkrede unseres Vorkämpfers.

Am Totensonntag legte der deutsche Vorkämpfer Dr. Mayer am Denkmahl für die auf dem Friedhofe in der Pariser Vorstadt Montrouge beerdigten deutschen Soldaten einen Kranz nieder. Dr. Mayer hielt dabei an die vereinten Mitglieder der deutschen Volkspartei, der deutschen Friedensdelegation und der übrigen deutschen Missionen folgende Ansprache:

Aber eine Million deutsche Soldaten liegen auf französischem Boden begraben. Unermesslich ist die Zahl der Waisen und Witwen, der Kinder und Geschwister der Gefallenen, die heute in der Heimat in ihren Gedanken und Gebeten an den Gräbern ihrer Lieben weilen. Mit ihnen gedenkt das ganze deutsche Volk in Trauer und Ehrfurcht seiner für das Vaterland gefallenen Söhne. Zur Ehre und zum Andenken an alle die Frauen, die an der Front, in Hospitälern oder in Gefangenschaft ihr Leben für ihr Vaterland dahingeben und nun in französischer Erde ihre Gräber gefunden haben, lege ich namens der Reichsregierung und der deutschen Heimat diesen Kranz nieder. Das deutsche Volk wird auch in England und Not seine Gebete und ihre Taten nie vergessen; es neigt sich in unaußersprechlicher Dankbarkeit und Bewunderung vor ihrem Andenken, das ihm ein heiliges Gedächtnis bleiben wird immerdar.

Nach der Ansprache des Vorkämpfers zogen die Mitglieder der deutschen Missionen entblößten Hauptes an den Gräbern vorbei.

Die Lage in Griechenland.

Große Kundgebungen für Konstantin.

Während König Konstantin noch das Ergebnis der auf den 28. November festgesetzten Volksabstimmung, die ungewissheit zu seinen Gunsten ausfallen wird, abwarten will, haben sich seine Brüder, die Prinzen Andreas und Christoph, bereits nach Griechenland zurückbegeben.

Aus Athen wird gemeldet, die neue griechische Regierung habe sämtliche Gerichte des Königreichs beantragt, im Namen des Königs Konstantin Recht zu sprechen. Die Weng habe am Hause von Venizelos ein Bild der Königin Sofia angebracht. Mehrere Franzosen, die in den Straßen von Athen sich gewelert hatten, das Bild Königs Konstantin zu kränzen, seien belästigt worden. Die neue Regierung sei der Ansicht, daß alle Entscheidungen der letzten Kammer unwirksam seien, deshalb solle die neu gewählte Kammer nochmals schließend den Friedensvertrag von Sèvres ratifizieren, bevor die Alliierten intervenieren könnten.

„Corriere della Sera“ meldet, anscheinend offiziell, aus Rom, daß die italienische Regierung sich an einer etwaigen Einmischung in die griechische Verfassungsfrage ebenso wenig beteiligen würde wie seinerzeit an dem Vorgehen Frankreichs und Englands, durch das König Konstantin aus Athen entfernt wurde.

Deutscher Reichstag.

(32. Sitzung.)

Die Tagesordnung der heutigen Sitzung fand die sozialdemokratische Interpellation über Kapitalverschiebungen nach dem Auslande. Allgemein hat man erwartet, daß der Antrag auf dieser Verhandlung sehr groß sein würde. Diese Vermutung hat sich jedoch nicht bestätigt. Namentlich gilt das von den Tribünen.

Zu Beginn der Sitzung wurde das Gesetz über Oberbefehl eines Ausschusses von 21 Mitgliedern überwiesen. Alsdann ging man sofort zu der Interpellation über.

Kapitalverschiebungen nach dem Auslande

über. Sie lautet: Ist es richtig, daß namhafte Kapitalverschiebungen nach dem Auslande stattgefunden haben und daß in Berlin die Aushebung des Bankhauses Gruniger stattgefunden hat und zur vollständigen Verschlagnahme der Aktien und Bänder geführt habe. Ist es ferner richtig, daß hierdurch eine weit ausgebreitete Kapitalflucht nachgewiesen wurde und so dabei eine große Anzahl Mitglieder obliter und fürstlicher Häuser, darunter auch Mitglieder des Hauses Hohenzollern, gefahrt worden sind. Was gedenkt die Reichsregierung gegen die Verschlagnahmen zu tun und was hat der Reichsfinanzminister getan, um für das Reich entsprechende Vermögenswerte zu sichern?

Zur Begründung der Interpellation erhielt der Abg. Müller-Franken (Soz.), der frühere Reichskonsler, das Wort. Im Eingang seiner Rede wies er auf die trübsamen Finanzen des Reiches hin und auf die Notwendigkeit, die Steuerkraft des Volkes bis zum äußersten auszunutzen. Rettung sei nur möglich, wenn jeder Deutsche seine Pflicht tue. Ferner machte der Redner geltend, daß die Arbeiter immer unzufriedener werden, wenn die Besitzenden ihre Steuerpflicht nicht erfüllen wollen. Alsdann kam der Redner auf das Bankhaus Gruniger zu sprechen. Offenlich nimmt sich die Staatsanwaltschaft des Vorlebens des Hauptgeschäftsführers an. Dieser hat die Firma Gruniger, Whitson u. Co. offensichtlich mit dem einzigen Geschäftszweck gegründet, Kapitalien und Waren im großen ins Ausland zu verschleusen. Ist es richtig, daß Gruniger nach der Verschlagnahme der Aktien nach in Berlin an einer Aufsichtsratsitzung teilnehmen konnte? In seinem Laufe in der Kochstraße vertrieben alle möglichen Reaktionen. Natürlich nicht, um die Gegenrevolution vorzubereiten. Jetzt kommt für diese Leute ja ihr Geld, dann erst die Monarchie. Ist es richtig, daß eine Reihe prominenter Persönlichkeiten an den einzelnen Warenbeständen finanziell beteiligt gewesen sind? Beträgt ihre Zahl tatsächlich hundert und handelt es sich dabei um 250 Millionen Mark oder um noch größere Summen? Im Anschluß daran stellte der Redner verschiedene Fragen über den Kreis der Personen, die an den Verschlagungen beteiligt waren. In der Presse wurde ein bekannter General genannt, der Kunde des Bankhauses Gruniger gewesen sein soll. Ist das nicht derselbe bekannte General, der ohne Wissen der Steuerbehörde bei einer Berliner Bank ein beträchtliches Konto gehabt hat? Der Verleumdung erwiderte sich aber Berlin hinaus nach Hamburg und Hannover. Als stark beteiligt gelten meines Wissens der Staatsanwalt Dr. Hans Dehm, ferner der Hamburger Rechtsanwalt Dr. Ewro, ferner ein gewisser Lewo aus Hannover, ferner der frühere Geheimrat Dr. Hans Wagemann. Darüber hinaus werden eine ganze Reihe Namen aus adligen Kreisen genannt. Darunter die Freifrau v. Gump-Wasshausen, ferner ein gewisser v. Noesner, ein Major, der als Freund des Kronprinzen bekanntgeworden ist. Die Angehörigen des Hochadels sind meines Wissens Kunden Grunigers. Ferner der Graf Radolin, die Gräfin v. Blücher-Wendhadt, genannt wird auch eine Fürstin Wanda von Radziwill. Vielleicht handelt es sich hier noch um eine Person, die mit der andern verwechselt wird. Mit einiger Sicherheit als beteiligt gilt aber ein Fürst von Schönburg. Rummelre kam der Redner auf die zu den Kunden Grunigers gehörenden

Mitglieder des Hauses Hohenzollern

zu sprechen. In der Presse wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Kronprinzessin Cecilie von Preußen bei dem Bankier Gruniger ein- und ausgegangen ist. (Stark rief der